

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller  
(einschließlich 5 Heller Post)

ZENTRALORGAN  
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TAGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 52677. ADMINISTRATION TELEFON 53076.  
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Freitag, 15. Juni 1934

Nr. 138



## Der Außenhandel im Mai Stärker als im Mai 1933, aber schwächer als im April 1934

Das statistische Staatsamt veröffentlicht soeben die Ziffern über den Außenhandel im Mai 1934. Danach betrug die Einfuhr im reinen Warenverkehr rund 523 Millionen, die Ausfuhr rund 539 Millionen Kč, die Handelsbilanz war also mit rund 16 Millionen Kč aktiv. Sowohl Einfuhr als auch Ausfuhr übersteigen den Außenhandel in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im Mai 1933 war nämlich die Einfuhr rund 475,5 Millionen, die Ausfuhr 465 Millionen, die Handelsbilanz war also mit 10,5 Millionen Kč passiv. In den ersten fünf Monaten 1934 war die Einfuhr 2554,5 Millionen, die Ausfuhr 2569 Millionen wieder durchwegs höher als 1933, da die Einfuhr 2121 Millionen, die Ausfuhr 2179,5 Millionen betrug.

Allerdings ist der Außenhandel im Mai 1934 geringer als im April 1934, da im reinen Warenverkehr (ohne Edelmetalle und Münzen) die Einfuhr 575 Millionen, die Ausfuhr 550 Millionen betrug.

## Graf Moltke

muß für Goebbels intervenieren

Warschau, 14. Juni. Herr Goebbels, dem die plötzliche Abfahrt des Staatspräsidenten aus Land und die ebenso plötzliche Erkrankung des Marschalls Piłsudski ausgerechnet an dem Tage, an dem sie ihn empfangen wollten, äußerst peinlich sind, da dies die wirklichen Erfolge seiner Auslandspropaganda und die „Herzlichkeit“ der neuen polnisch-deutschen Freundschaft so eindeutig kundtut, hat heute früh den deutschen Gesandten Grafen Moltke in Bewegung gesetzt um dennoch einen Empfang wenigstens durch Piłsudski zu erreichen. Piłsudski ließ sich schließlich auch herbei, sein „Krankenbett“ zu verlassen und Goebbels etwa 30 Minuten in Audienz zu empfangen. Halbamtlich wird bekanntgegeben, daß die Besprechung rein privater und gesellschaftlicher Natur war.

Beim Staatspräsidenten konnte sich Goebbels jedoch nur in das Audienzbuch eintragen.

## Ein peinliches Gastgeschenk

Höchst peinlich mußte es gleichfalls auf Herrn Goebbels wirken, daß die polnischen Behörden ausgerechnet heute für ganz Polen die Auflösung der polnischen nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die ein der deutschen nationalsozialistischen Partei ähnliches politisches Programm vertrat, angeordnet haben. Die Zugehörigkeit zu der aufgelösten Partei soll in Zukunft gerichtlich verfolgt werden.

## Frankreichs Zahlungsablehnung

Grundsätzliche Anerkennung der Schulden.

Paris, 14. Juni. Die Regierung veröffentlichte in den späten Abendstunden des Mittwoch den Wortlaut der französischen Note in der Schuldenfrage an Amerika. In dieser Note wird darauf hingewiesen, daß seit Dezember 1932 kein neuer Faktor hinsichtlich der Regelung der zwischenstaatlichen Schulden eingetreten sei und daß sich die französische Regierung deshalb nicht in der Lage sehe, die Zahlungen am 15. d. M. wieder aufzunehmen, die sie seit dem 15. Dezember 1932 infolge des Moratoriums gezwungen gewesen sei, hinauszuschieben. Die französische Regierung macht jedoch gleichzeitig darauf aufmerksam, daß sie die Schulden an sich nicht bestreite und nach wie vor bereit sei, mit der amerikanischen Regierung eine Regelung anzustreben auf einer Grundlage, die den gegenwärtigen Umständen Rechnung trage. Sie gibt ferner der Hoffnung Ausdruck, daß eine solche Regelung in Kürze gefunden werden könne.

## Transfer völlig eingestellt Agrarische Pläne

### Gewundene Bankrotterklärung Dr. Schachts Auch die Dawes- und Young-Anleihe betroffen

Berlin, 14. Juni. In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank machte Reichsbankpräsident Dr. Schacht die Mitteilung von einer „Änderung“ der Transferregelung mit Wirkung vom 1. Juli, die darin besteht, daß für alle lang- und mittelfristigen deutschen Auslandsanleihen bis Ende dieses Jahres ein volles Transfermoratorium in Kraft tritt. Die Besitzer von Zinsscheinen können diese in „Fundierungsbonds“ umtauschen, die erst 1945 fällig werden, oder sie — jedoch erst nach dem 31. Dezember — zu 40 Prozent ihres Nominalwertes an die Reichsbank in Devisen verkaufen.

Dr. Schacht erklärte, daß jetzt, nachdem durch die Entwertung der Währungen der hauptsächlichsten Konkurrenzländer und durch ständige Zollerhöhungen und Einfuhrkontingente der deutsche Absatz immer mehr geschmälert wurde, der Zeitpunkt gekommen sei, wo der Saldo-transfer auf die noch bestehende Auslandsverschuldung Deutschlands zur völligen Unmöglichkeit (?) geworden sei.

Wöglich sei, daß sich aus der Erschwerung Deutschlands, Rohstoffe zu kaufen, neue Schwierigkeiten für die deutsche Volkswirtschaft ergäben.

Im Anschluß an die Mitteilung der Reichsbank hat der Reichsfinanzminister der RZB in Basel mitgeteilt, daß auch für den Dienst der Dawes- und Young-Anleihe „vorübergehend“ bis auf weiteres Devisen nicht mehr verfügbar sind. Dieser Mitteilung sind noch Eingaben über die unveränderte Weiterzahlung des Anleihezinsestes in Reichsmark beigelegt.

## Inflationsstimmung im Dritten Reich

Reuter meldet aus Berlin, daß die Reichsbank eine Abwertung der Mark um vierzig Prozent plane. Der Berliner Korrespondent des Londoner „Daily Herald“ erhielt zwar von der Reichsbank die Auskunft, daß sie diese Meldung dementieren müsse, aber aus Berliner Finanzkreisen erfährt er, daß man dort davon überzeugt sei, daß Schacht unter dem Eindruck der zunehmenden deutschen Ausfuhr, des katastrophalen Devisenmangels und des ständig wachsenden Defizits tatsächlich zu einer rigorosen Abwertung der Reichsmark entschlossen sei. Man spricht davon, daß Schacht die Baseler Internationale Bank bereits über sein Vorhaben unterrichtet habe.

## Widerspruch in Paris

Paris, 14. Juni. Die Mitteilung der deutschen Regierung, daß Deutschland den Zinsendienst der Dawes- und der Young-Anleihe nicht zahlen wird, hat in Pariser parlamentarischen Kreisen sowie in der Presse lebhafteste Proteste hervorgerufen. In den Parlamentarierkreisen wurde darauf verwiesen, daß sich Frankreich nicht damit zufrieden geben werde, diese neuerliche Verletzung der deutschen Verpflichtungen einfach zur Kenntnis zu nehmen. Der französische Votschaffer in Berlin hat bereits vor einigen Tagen die deutsche Regierung nachdrücklich auf die Konsequenzen aufmerksam gemacht, welche Frankreich aus diesem Verhalten Deutschlands ziehen würde. Man

glaubt, daß dies bereits bei der Wiederaufnahme der französisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen, die in den nächsten Tagen in Berlin erfolgen sollen, in Erscheinung treten wird.

Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten veröffentlichte abends eine Note, in der es heißt, daß die französische Regierung sich mit der Angelegenheit befaßt und die entsprechenden Maßnahmen zur Sicherung des Schutzes der Interessen der französischen Inhaber dieser Anleihen treffen werde.

## England führt Clearing-Verkehr ein

London, 14. Juni. (Reuter.) Vor sieben Wochen hat die Regierung Groß-Britanniens der deutschen Regierung mitgeteilt, daß sie mit der größten Gewissenhaftigkeit alle Vorschläge betreffend ein Moratorium für den Transfer von Zahlungen auf die Dawes- und die Young-Anleihe prüfen würde. Diese angekündigte Aktion wird voraussichtlich so durchgeführt werden, daß ein obligatorisches Clearinghouse für den Handelsverkehr Deutschlands mit Groß-Britannien errichtet werden wird. Die Zahlungen, welche auf die Dawes- und die Young-Anleihe geleistet werden sollen, werden von jenen Beträgen in Abrechnung gebracht werden, welche in das Clearinghouse als Entgelt für deutsche Erzeugnisse abgeführt werden werden.

Der Kanzler des Staatsbüros wird morgen im Unterhaus eine Erklärung über das deutsche Moratorium abgeben.

## Zweistündige Unterredung in Stra

Betont „herzliche“ Umgangsformen zwischen den beiden Faschistenführern

Venedig, 14. Juni. Reichskanzler Hitler kam heute vormittags um 10 Uhr im Flugzeug von München auf dem Flugplatz San Nicolo in Venedig an. In seiner Begleitung befanden sich Reichsaussenminister von Neurath, der Reichspressechef etc. Hitlers Maschine wurde von einer italienischen Fliegerstaffel begleitet. Auf dem Flugplatz wartete Mussolini, der Hitler „herzlich“ die Hand schüttelte und ihn dann im Motorboot bis zum Grandhotel begleitete, wo Hitler untergebracht ist.

Am Nachmittag begab sich Hitler in die Villa Pisani in Stra, wo ihm Mussolini wieder entgegenkam. Nach einem Essen begann um 15 Uhr die erste Unterredung, über die amtlich nur folgendes Kommuniqué ausgegeben wurde:

„Der Chef der italienischen Regierung hat dem deutschen Reichskanzler heute ein Frühstück in der Villa Pisani in Stra gegeben. Nach dem Frühstück haben die beiden Regierungschefs eine über zweistündige Unterredung gehabt. Die Unterredung wird morgen fortgesetzt werden.“

Wie das DW dazu noch erzählt, fand die Unterredung unter vier Augen statt.

Mehrere Pariser Blätter haben ihre Sonderberichterstatter nach Venedig entsandt, welche ausführlich den ostentativen Empfang schildern, der Hitler von Mussolini, den italienischen Behörden und der italienischen Öffentlichkeit bereitet wurde. Hitler wohnt im Grandhotel, wo er die ausserlebens Appartements bewohnt, die sonst den Herrschern und den königlichen Prinzen vorbehalten sind.

## Werden die 400.000 streiken?

Bittsburg, 14. Juni. (Reuter.) Während die Versuche zur Verhinderung des Metallarbeiterstreikes fortgesetzt werden, treffen massenhaft Arbeitervertreter zu der morgigen Versammlung ein, in der die definitive Entscheidung darüber fallen wird, ob der Streik proklamiert werden soll oder nicht. Nach den Erklärungen einiger Arbeiterführer sind etwa 100.000 bis 400.000 Arbeiter zum Streik bereit. Die übrigen würden dem Beispiel der Mehrheit folgen. Dagegen versuchen andere bedächtigere Führer durch ein Kompromiß den drohenden Streik abzuwenden.

In der tschechoslowakischen Öffentlichkeit spielen seit Monaten die agrarischen Bestrebungen auf die Einführung einer angeblichen Planwirtschaft in der Landwirtschaft eine bedeutende Rolle.

Es ist notwendig, sich klar zu werden, was dahinter eigentlich steckt. Es liegen einige Vorschläge zur „Einführung einer landwirtschaftlichen Planwirtschaft“ der Diskussion zugrunde, ohne daß es bisher gelungen wäre, sich in den maßgebenden Kreisen in einer bestimmten Richtung fest zu binden. Um es vorweg zu sagen: von einer Planwirtschaft im sozialistischen Sinne kann bei allen in Betracht kommenden Vorschlägen nicht die Rede sein. Der eigentliche Inspirator der ganzen Plänenmacheri, Landwirtschaftsminister Dr. Šodja, hat gleich anfangs feierlich erklärt, daß die landwirtschaftliche Planwirtschaft nicht eine Sozialisierung der Produktion bedeutet, sondern „dort Ordnung einzuführen sei, wo sie bisher fehlt“. Wo fehlt sie? Abg. Dr. Jádina, der eigentliche tschechoslowakische Fachmann, gibt darauf eine ganz klare Antwort: „Der Schwerpunkt der Bemühungen muß in der Sicherung der Ernteerträge liegen“. Die Mittel, die man zur Erreichung dieses Hauptzieles anwenden will, nennt man etwas hochtrabend — Planwirtschaft.

Was hat man in Wirklichkeit vor? Der aus acht Punkten bestehende Vorschlag der „Tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Akademie“ geht u. a. dahin, die Getreideanbaufläche um 200.000 Hektar einzuschränken und dafür vorwiegend Futterpflanzen zu ziehen. Der Achat soll realisiert werden mit Hilfe eines gründlichen Nachrichtendienstes, einer Preisberichterstattung, einer Erntevorausschätzung, einer Statistik der Vorräte sowie eines systematischen landwirtschaftlichen Informationsdienstes — alles Dinge, die wir schon längst als unbedingt notwendige Voraussetzungen einer gesunden Agrarpolitik verlangt haben. Die Frage der Einfuhr, des Absatzes, Kaufs und Ausschaltung der Spekulation soll am besten durch Monopolisierung gelöst werden. Als ausreichende, sorgfältig abgeleitete Preise bezeichnen die Akademie (im Dezember 1933): für Weizen 150 Kč, für Roggen 130 Kč, für Gerste 125 Kč und für Hafer 110 Kč per Meterzentner. Ferner soll die Einfuhr fremder Futtermittel zentralisiert und überschüssiges Getreide eingelagert werden.

Nun ist charakteristisch, daß sich sowohl deutsche wie tschechische Agrarpolitiker gegen die Aufstellung der zulässigen Getreidebauflächen „bis hinab zum einzelnen Landwirt“ wenden und bezweifeln, daß dies in rein sachlicher und gerechter Weise durchgeführt werden kann. Man befürchtet, daß ein Großteil der Landwirte glauben werde, Grund zur Unzufriedenheit wegen Benachteiligung gegenüber anderen zu haben. Sie werden nicht nur das glauben, es wird in der agrarischen Praxis auch katastrophal derartige Vorkommen! Um die gewiß eintretenden Schwierigkeiten beim Uebergang zu Ersatzplantagen abzumildern, schlägt Abg. Dr. Jádina vor, den Landwirten — Prämien zu gewähren. Er meint, dieses Prämienystem — pro Hektar 500 Kč — würde von den Landwirten sicher günstiger angenommen werden als behördliche Schikanen. Das dürfte stimmen! Abg. Dr. Jádina bemerkt weiter, daß es vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zweckmäßiger wäre, den notwendigen Betrag von 100 Millionen den Landwirten direkt zuzuwenden, um die Umstellung der Produktion in zwei bis drei Jahren durchführen zu können. Statt die bisherigen überschüssigen Getreidemengen dem Ausland um 30 bis 40 Kč je Meterzentner billiger zu verkaufen, als es im Inland der Fall ist. Unter allen Umständen

müsse die Ausfuhrprämie für Futtermehl (10 bis 50 Kc je Meterzentner) fallen, um nicht die heimischen Landwirte zu schädigen. Im Ausland werden die Futtermehle für ein Drittel des Inlandspreises verkauft! Der Staat verliere dabei allein 50 Millionen Kc. Die ganze Einküpfung sei eine Quelle des Betruges und der Korruption.

Bezüglich der Planung der landwirtschaftlichen Erzeugung sollen die Landwirte sich weitestmöglich vom Kunstdünger- und Futtermittelmarkt emanzipieren. Durch eine regionale Regelung der Erzeugungsverhältnisse soll bestimmten Gebieten ihre bewährte Produktion referiert werden, den Niederungsgebieten Weizen, Gerste, Rüb, Gemüse usw., den Gebirgsgebenden Roggen, Hafer, Kartoffeln und Flachs. Die Großgüter sollen den kleinen und mittleren nicht deren Spezialzweige wie Schweinezucht, Geflügelzucht, Gemüsebau u. a., bei denen die Arbeitskraft der Landwirte überwiegt, wegnehmen. Dem gegenüber haben die Großgüter den Vorrang bei der Massenproduktion, so insbesondere beim Getreidebau, bei der Mast, bei der Abmelkwirtschaft, bei einzelnen Industriepflanzen u. a. Nichtlandwirten und rein privaten Wäldereien will man die Schweinezucht überhaupt unmöglich machen. Sollen am Ende auch die hunderttausende Häusler, die man bei Wahlen gern als „Agrarier“ mitnimmt, aber sonst als Nichtlandwirte behandelt, künftig keine Schweine mehr aufziehen dürfen, soweit sie keine eigenen Futtermittel besitzen?

Auch die Regionalisierung der Landwirtschaft hat ihre Schwierigkeiten, denn der größte Teil der Bauern und Häusler erzeugt vorerst das, was er selbst braucht. Es ist z. B. gewiß unwirtschaftlich, wenn in 1000 Meter Gebirgshöhe Getreide angebaut wird, dessen Ertrag sehr mager ist; der dortige Landwirt braucht aber auch Stroh und das beschafft er sich am liebsten selbst.

Abg. Dr. Zadina will durch Straffunktionen geschützte Preise (Mindestpreise) und ihre Sicherung dadurch herbeiführen, daß die Zwangssyndikate der landwirtschaftlichen Industrie (und auch die Konsumentenorganisationen) diese Preise einhalten müssen. Er beruft sich hierbei auf das Beispiel Deutschlands, wo aber die Festpreise recht häufig — umgangen werden. Eine Monopolorganisation soll die Ein- und Ausfuhr und auf dem Inlandsmarkt „angemessene beständige“ Preise sichern.

Für möglichst feste Preise sind wir im Gegensatz zu den Agrariern stets eingetreten, welche solange die Getreidepreise stiegen, davon nichts wissen wollten. Die entscheidende Frage ist allerdings: wie hoch sollen die Getreidepreise sein, um jetzt, angesichts der an der Börse sprunghaft emporschnellenden Notierungen als „angemessen“ zu gelten. Die von der „Landwirtschaftlichen Akademie“ vor einem guten halben Jahre vorgeschlagenen Preise werden von Dr. Zadina und anderen heute kaum mehr als ausreichend bezeichnet werden. Die „Deutsche Landpost“, die unter „Spreu und Körner“ über die Planwirtschaft höhnt, meint weise, „der liberalistisch angefränkelte Konjunkturlandwirt muß verschwinden, dann braucht man sich über Plan-

wirtschaft in der Landwirtschaft nicht mehr den Kopf zu zerbrechen“. Wie er verschwinden soll, wird allerdings nicht verraten. Vorläufig werden auch die Landbündler die Konjunktur steigender Getreidepreise gern mitnehmen.

Was die anderen Zweige der Landwirtschaft betrifft, schlägt man für die Forstwirtschaft, Obst und Gemüse Syndizierungen und Handelsregulierungen vor. Die Hopfen- und Milchproduktion hat man ja bereits zum Teil gesetzlich — geregelt. Der Viehwirtschaft will man dadurch helfen, daß der Auftrieb von Vieh für die Märkte reglementiert wird und zufällige Ueberschüsse im Interventionswege aufgekauft werden. Die Tschechische und Deutsche Sektion des Völkervertrages für Böhmen sind im Wesen dem Vorschlage des Abg. Dr. Zadina beigetreten.

Aus allen Vorschlägen geht unzweideutig hervor, daß auch jetzt mit einer wirklichen Regelung der landwirtschaftlichen Produktion nicht zu rechnen ist. Es fehlen hierfür die primitivsten Voraussetzungen (wie schon früher erwähnt), der notwendige Ausbau des Genossenschaftswesens und die gebotene volkswirtschaftliche Einfachheit. Ob eine Planwirtschaft in der Landwirtschaft ohne eine solche in der Industrie überhaupt möglich ist, muß selbstverständlich bezweifelt werden. In der Industrie ist eine gewisse Regulierung der Produktion durch Syndikate (wie sie bereits in der Glasindustrie z. B. versucht wird) weit eher möglich als in der Landwirtschaft. Hier handelt es sich um hunderttausende Interessenten, dort aber um eine verhältnismäßig geringe Anzahl, die leichter zwangsweise auf eine bestimmte Linie gebracht werden. Auffallenderweise wird ein sehr entscheidender Posten in der agrarischen „planwirtschaftlichen“ Kalkulation vollständig außer acht gelassen: die Frage der Kaufkraft. Schließlich und endlich müßen alle angemessenen Preise nur wenig, wenn die Waren infolge geschwächter Kaufkraft der breiten Massen nicht absehbar sind.

Wir dürfen uns darüber nicht täuschen, daß die ganzen agrarischen Pläne letzten Endes darauf hinauslaufen, die Verbraucher und die Staatswirtschaft zu belasten. Aber alles hat seine Grenzen. Ebensovienig wie der Staat heute Milliarden aufzubringen vermag, um etwa als eine Art Treuhänder die gesamte Getreideernte zu übernehmen, vermag der Konsument Preise zu bezahlen, die übermäßig weit über die Weltmarktpreise hinausragen. Unverkennbar ist bei alledem, daß die Art und Weise, wie die Agrarier ihre „Planwirtschaft“ mit Hilfe ihrer Genossenschaftsorganisationen und des von ihnen zum guten Teile beherrschten Nachtapparates aufbauen wollen, dies einer ungeheuren Stärkung insbesondere des tschechischen Agrarkapitals in wirtschaftlicher und politischer Beziehung gleichkame.

Daß eine gründliche Ordnung in die gesamte nationale Produktion kommen muß, ist uns Sozialdemokraten weit klarer als anderen, die den schädig gewordenen kapitalistischen Weltwirtschaften wollen, ohne ihn noch zu machen.

### Demonstrationen in Wiener Gemeindebauten

gegen die neuen Mietzinsbörhungen.  
Wien, 14. Juni. Gestern abends kam es im 3. und 20. Wiener Bezirk mehrere Gemeindebauten zu Demonstrationen gegen die dieser Tage erfolgte Erhöhung der Mieten. Am Rabensteig im 3. Bezirk erfolgten Zusammenstöße zwischen den Demonstranten und der Polizei, wobei eine ganze Reihe von Personen verhaftet wurden.

Dem OAD wird aus Wien geschrieben: Zu den antisozialen Mitteln, mit denen die neue faschistische Gemeindeverwaltung den Entgang an Einnahmen infolge der Abschaffung der Luxussteuern wettzumachen versucht, gehören auch Mietzinssteigerungen in den Gemeindebäusern. Die sozialdemokratische Verwaltung hat den Mieten in den Wohnungen, die zum allergrößten Teil von Arbeitern und Angehörigen des niedrigen Lohnstandes bewohnt werden, so niedrig als möglich gehalten. Die Antimarxisten treiben nun die Mietzins in die Höhe. Obwohl die erhöhten Mietzins schon bei der nächsten Zinszahlung in Kraft treten sollen, hat man den Mietern bisher das Ausmaß der Erhöhung noch nicht einmal mitgeteilt.

### Goldregen für Denunzianten

Das letzte Mittel des Dollfuß.  
Wien, 14. Juni. Wie die „Reichspost“ erfährt, hat der Generaldirektor der Bundesbahnen Schöpfer einen Aufruf an alle Eisenbahnenbediensteten erlassen, in dem es heißt: Jeder Eisenbahnenbedienstete, durch dessen Angaben oder Handlungen der Urheber eines vollbrachten oder versuchten verbrecherischen Anschlages auf Eisenbahnanlagen der Bestrafung durch das zuständige Gericht angeführt wurde, wird mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1934 ab personam in die nächsthöhere Gehaltsgruppe befördert und erhält außerdem von der Verwaltung der Bundesbahnen eine Belohnung von 1000 Schillingen. — Es muß schlimm um Dollfuß stehen, wenn er zu solchen Mitteln greift.

### Ein Tag der Ruhe

Nur Papierböllert!  
Wien, 14. Juni. Heute nachts und vormittags herrschte in Österreich Ruhe. Bis in die Mittagsstunden sind keine Meldungen über Sprengstoffattentate eingelangt. Nur Papierböllert explodierten auf der Kärntnerstraße, in Favoriten, im Kongreßbad und im 16. Gemeindebezirk.

Wie erst heute bekannt wird, wurde die gestrige Ausgabe des „Prager Tagblatt“ in Wien konfisziert. Ebenso verfiel die Wiener „Stunde“ der Konfiskation.

Wien, 14. Juni. In Lembach in Oberösterreich wurden bei dem bekannten Nationalsozialisten Leithner 77 Dynamitpatronen in normaler Fassung und 15 Dynamitpatronen in kleiner Fassung vorgefunden. Leithner gab bei seiner Vernehmung an, daß er die Sprengmittel von einem nach Bayern geflüchteten Kaminsfegergehilfen erhalten habe. Leithner wurde dem Bezirksgericht eingeliefert.

In Kärnten wurden als Folge politischer Verfehlungen weitere neun Personen vom Lehrendienste unter Verlust ihrer Bezüge entlassen. Mit

den früher aus dem Schuldienste Entlassenen oder einstweilig Entlassenen sind innerhalb des letzten Jahres insgesamt 22 Lehrkräfte der öffentlichen Schulen in Kärnten durch Abstrafung dauernd oder vorübergehend vom Dienste entlassen worden.

### Katholische Stimmen gegen den Austrofascismus

Das Blatt der Studenten der katholischen Universität Löwen in Belgien „Avant-Garde“ veröffentlicht einen Artikel über Österreich, der sich entschieden gegen das Regime Dollfuß wendet. In dem Artikel heißt es:

„Vier Monate nach den Toten von Wien ist das Land eine Deute schwerer erschüttert. Die Regierung, die damit beschäftigt ist, die Sozialisten zu bekämpfen, ist unfähig, den täglichen, erbitterten und erbarmungslosen Guerillakrieg niederzuhalten, den die Nazi ihr liefern. Die Lage ist ernst.“

### Schulzbündler werden wie Schmerverbrecher behandelt

Die vom Gericht abgeurteilten Schulzbündler werden in der Strafkast wie gemeine Verbrecher behandelt. Sie wurden in Ketten in die Strafanstalt Stein transportiert. Dort bekommen sie keine Rauchsugung und keine anderen Erleichterungen. Sie dürfen nur alle vier Wochen Briefe oder Besuche empfangen. Früher wurden ihnen entzogen. Das Justizministerium hat in einem Erlaß den wegen des Heber-Auffstandes Beurteilten die Begünstigungen, die man politischen Häftlingen gewährt, entzogen und angeordnet, daß die Heber-Kämpfer ebenso behandelt werden wie gemeine Verbrecher.

### Stenzel will politisch selbständig bleiben

Ueber eine Reichsleitungsjigung der deutschen Gewerkschaften vom Dienstag wird ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem es u. a. heißt, daß der Gedanke des ständischen Aufbaues und die Schaffung von Berufsständisgliederungen im Sudetendeutschtum immer mehr zum Durchbruche komme, wobei auch der Volksgemeinschaftsgebante einen mächtigen und impulsiven Auftrieb erhalte.

Die Reichsleitung begreife daher alle Bestrebungen zur Einigung des Sudetendeutschtums und beauftrage die mit den weitgehendsten Vollmachten ausgestattete neue wählte (Rui, was ist das für ein Verstoß gegen das Führerprinzip, Herr Stenzel?) Parteilegitimative, die entsprechenden Verhandlungen einzuleiten, bzw. fortzusetzen.

Ihre politische Selbständigkeit will sich die Partei des Herrn Stenzel aber doch nicht nehmen lassen. Wenigstens heißt es dann weiter:

„Die Deutsche Gewerkschaft als berufständische Organisation des deutschen Handels- und Gewerbestandes ist bereit, mit allen übrigen gleichstrebenden Organisationen für Volkstum und Heimat, für eine wahre Demokratie (!!!) in diesem Staate einzutreten und aufbauende Arbeit in einer sudetendeutschen Volksgemeinschaft, bei Wahrung der politischen Selbständigkeit der berufständischen Gliederungen unter einheitlicher nationalpolitischer Führung zu leisten.“

## Unsere Töchter, die Nazinen

Roman von Hermyria Zur Mühlen

„Ich will Claudia in meinem Garten begraben lassen. Sollen wir nicht die beiden, die zusammen gekämpft haben, die zusammen gestorben sind, Seite an Seite legen?“

Ich wußte wohl, daß man eine Erlaubnis hätte einholen müssen. Aber ich hatte im Morgenblatt der Zeitung eine Notiz gelesen, daß gestern die tapferen S. A. Leute von einer großen kommunistischen Hebermacht menschenfals überfallen worden waren und in Notwehr zu ihren Waffen hatten greifen müssen. „Die feige Bande“, hieß es wörtlich, „nahm Reißaus, sobald die S. A. in die Luft zu schießen begannen. Die Mädelstühler dürften über die Grenze geflohen sein.“

Es würden bestimmt keine Nachforschungen nach den zwei Toten, der „großen Hebermacht“, angeestellt werden.

Der Vater runzelte die Stirn.  
„Ich möchte Sie nicht trönten“, sagte er leise. „Aber mein Sohn soll nicht in geweihter Erde liegen.“

Ich mußte lächeln.  
„Unsere Toten“, meinte ich beruhigend, „heiligen selbst die Erde, in der sie liegen. Wir brauchen keinen Priester.“

Noch in der gleichen Nacht haben wir die beiden bestattet. Es war eine seltsame Leichenfeier. Kein lautes Wort wurde gesprochen. Aber ein Zittern erfüllte den Garten. Und immer mehr und mehr Menschen kamen, eingehüllt in die schließende schwarze Nacht. Ein alter Mann brachte unter seinem Mantel verborgen eine kleine rote Fahne mit, die er für wenige Minuten auf

dem Grab aufpflanzte. Bisweilen erklang irgendwo in der Finsternis ein Schluchzen. Der Wind säuselte leise in den Mäthern, die kleinen Wellen des Sees schlugen sanft gegen das Ufer. Schwarz in der schwarzen Finsternis traten verschwommene Gestalten an das Grab, um Abschied zu nehmen. Auf dem Rasen waren die Schritte unhörbar. Es war, als ob alle guten Geister der Menschlichkeit und des Rechts geschweigt kämen, um den Garten zu segnen. Es wurden keine Grabreden gehalten, das wäre zu gefährlich gewesen, nur der alte Mann, der die rote Fahne gebracht hatte, sagte leise, als er sie aus der Erde nahm und wieder versteckte:

„Lebt wohl. Wir werden Euch nicht vergessen.“

In der Dunkelheit drückten fremde Hände die meinen; ich konnte die Gesichter nicht unterscheiden, aber ich wußte, daß ich zu ihnen gehörte. Und als der alte Mann zu mir trat, ihn erkannte ich an dem gebeugten Rücken und den schleppenden Schritten, sagte ich:

„Wenn ihr mich braucht . . . mich und alles, was ich habe . . . Ich glaube, ich habe jetzt das Recht von Euch zu fordern, daß auch ich helfen darf.“

Sie waren so gut zu mir, diese halb unsichtbaren Gestalten. Am meisten rührte es mich, als der Vater des jungen Toten mir zuschüttelte:

„Ich bin Freidenker, aber wenn Sie ein Gebet sprechen wollen . . .“

Ich konnte nur erwidern:  
„Die ewige Gerechtigkeit schütze und hüte Euch alle und befreie unser Land von dem Uebel.“

Schatten huschten durch die Nacht. Der Garten wurde leer. Nur Fritz und Seppel blieben zurück und glätteten die Erde über dem Grab, damit keiner von den Feinden wisse, wo unsere Kinder liegen.

graben lagen. Aber ich wußte es, und ich blickte zu dem starken jungen Baum empor, der seine duftenden Inospenden Arme in den blauen Himmel reckte, kühn und kräftig, als könne kein Sturm und kein Blitz ihn vernichten . . .

Seit jener Nacht sind viele Tage verfloßen. Die Linde hat das geheime Grab mit ihren Wurzeln bestreut, und die verschwenderische Pracht des Sommers blüht im Garten.

Wir sind abgeschlossen von der ganzen Welt. Keine ausländische Zeitung kommt in unser Land, wir dürfen nicht wissen, was geschieht. Aber wir wissen dennoch um das Grauen, das die Sommermonate verdunkelt. Wir wissen von den Gefolterten in den Konzentrationslagern, wir wissen von den „Auf der Nacht erschossenen, von den Verlehten, gemordeten von „unbekannten“ Tätern. Wir wissen, wenn ein Richter in den Tod getrieben wird. Wir wissen, daß christliche Priester verschleppt werden. Wir wissen, daß ein Kampf gegen das kleine Österreich eingeleitet hat, das sich nicht „gleichschalten“ lassen will.

Quälende Angst verpestet die Luft. Wenn Fritz einige Minuten später heimkommt, wenn ich nicht weiß, wo Seppel ist, wenn Kati mich an einem Tag nicht aufgesucht hat . . . Wie entsetzlich waren die Nächte, da ich sie drei Tage lang nicht gesehen hatte, und weder Fritz noch Seppel etwas von ihr wußten! Ich ging stundenlang im Garten umher; ich wartete zitternd auf das furchtbare Geräusch, das immer etwas Böses verkündet. Ich eilte am zweiten Morgen in ihre Wohnung, aber sie war nicht da. Und ich durfte nicht nach ihr fragen. Ich wußte ja nicht, wem ich trauen konnte. Die wildsten Gedanken kamen mir, ich werde zu Hellsdorf gehen, werde ihn erpressen. Es gibt etwas in seiner Vergangenheit, das er verbergen will. Ich werde zu Frau Doktor Feldhüter gehen, sie ist eine Frau, sie muß Erbarmen haben. Mit Mühe hielt ich mich von diesen unüberlegten Schritten ab. Endlich, in der Nacht des vierten Tages erschien Kati, müde, verstaubt,

wie nach einer langen Wanderung. Sie lachte mich aus, als ich ihr von meiner Sorge um sie erzählte.

„Wir können doch nicht die Hände in den Schoß legen“, sagte sie, „wir müssen arbeiten.“

Wenn ich doch nur um zehn Jahre jünger wäre, damit auch ich an dieser Arbeit teilnehmen könnte. So sitze ich hier, eine unnütze alte Frau und zittere um das Leben der mir lieben Menschen und sie sind mir alle Lieb geworden, die verfolgt werden, die leiden, die sterben. Einmal durfte ich etwas tun, durfte mit dem Motorboot Nachricht hinausbringen, in die Schweiz, und einen Menschen konnte ich noch über die Grenze retten. Jetzt jedoch, vor einer Woche, haben sie mir das Boot beschlagnahmt. Ich sehe es bisweilen unter der Gakentrenzfahne über den See dahinfliegen und frage mich, für wen es, das zum Retten ausersehen war. Unheil bedeutet?

Sonst freilich lassen sie mich in Ruhe. Und das ist gut. Habe ich doch immer von neuem etwas zu verbergen: Flugschriften, verbotene Zeitungen, hin und wieder auch in der kleinen fensterlosen Kammer hinter dem großen Schrank einen Menschen, auf den Jagd gemacht wird. Neulich, wie gerade so ein Mensch bei mir war, erschien freilich ein S. A.-Mann und wollte Hausdurchsuchung halten. Ich war zermürbt von den Ereignissen der letzten Woche, ich hatte Angst, daß ich die Fassung verlieren könnte. Der S. A.-Mann sah nicht sonderlich bedrohlich aus. Ich bemerkte, daß er mit gierigen Augen die Zigaretten auf meinem Tisch betrachtete. Ich überwand mich und bot ihm eine an. Er rauchte die eine und dann eine zweite. Schließlich brummte er:

„Ein gutes Kraut, das können wir uns nicht leisten.“

„Bei Ihrer Wohnung?“ fragte ich harmlos. Er machte ein wütendes Gesicht.  
„Was, Wohnung! Wir haben seit vierzehn Tagen keinen Pfennig erhalten.“

(Fortsetzung folgt)

# Keine Aufhebung von Hochschulen!

Beschlüsse des Kulturausschusses.

Der Kulturausschuss des Abgeordnetenhauses verhandelte heute in Gegenwart des Schulministers Dr. Klametz Petitionen, in denen gegen die Aufhebung von Hochschulen protestiert wird.

Der Hochschulprofessor Ing. Zahosky, führender Nationalsozialist, erstattete ein übersichtliches Referat, in dem er abschließend vor jeder Aufhebung von Hochschulen warnte, weil wir in Zukunft wieder das aufbauen müssten, was wir heute aufheben.

Minister Dr. Klametz betonte die Grundzüge der Schulverwaltung, daß unser Schulwesen erst im Aufbau begriffen und noch nicht fertig ausgeht sei, so daß es erst in der Zukunft stabilisiert werden könnte. Jeder Eingriff in die Entwicklung würde die Stabilisierung nur hinauschieben. Es sei richtig, daß niedrigere und mittlere Schulen errichtet wurden, die heute nicht notwendig sind, denn es hat sich namentlich für einige Fachschulen die Situation grundlegend geändert. Die Hochschulen sind aber nicht nur Lehranstalten, sondern vor allem wissenschaftliche und Forschungsinstitute. Es entscheidet daher nicht nur die Zahl der Hörer in diesem oder jenem Gegenstand. Die Hochschulen bilden ein gewisses Ganzes, so daß z. B. eine juristische oder philosophische Fakultät ein Stückwerk wäre, ebenso ist die medizinische Fakultät in enger Beziehung zur naturwissenschaftlichen Fakultät. Allerdings seien keine Hochschulen nicht haltbar, ebenso wenig wie eine Hochschule von gigantischem Ausmaße. Man dürfe die Nationalisierung der Hochschulen nicht vergessen und es ließe sich viel an dem Betrieb sparen. Nach der Ansicht des Ministers müsse für die Aufhebung von Hochschulen vor allem das Unversitätsgesetz von 1920 in Betracht kommen.

Anschließend an die Erklärung des Ministers entwickelte sich eine ausführliche Debatte. Schließlich wurden zu den einzelnen Petitionen die Äußerungen des Referenten angenommen, daß die Regierung an der Zusammensetzung der bisherigen Hochschulen nichts ändern wird, namentlich auch, was die tschechische Universität und die tschechische Technik in Mähren betrifft.

# Der Kampf um die Jugend

im sudetendeutschen Bürgertum.

Die deutsche Turnerjugend ist fast restlos in die Henlein-Front eingegliedert und der Bund der Landjugend wurde zu einem Anhängsel der Henlein-Front, so daß auf einem großen Sektor des sudetendeutschen Jugendlebens der Totalitätsanspruch Henleins verwirklicht ist. Gegen das weitere Vordringen Henleins in die Kreise der Jugend wehren sich vor allem die Christlichsozialen mit großer Kraft. Das kam auch auf dem Reichsparteitag der Christlichsozialen deutschen Volkspartei und insbesondere in der Rede des Parteivorstehenden Hilgenreiner zum Ausdruck. Der Christlichsoziale Parteitag hat drei Leute aus der Jugendbewegung in den Parteivorstand berufen.

Die Christlichsozialen lassen nun diese Jungen auch als Sprecher der Partei auf den einzelnen Parteitagungen auftreten. So hat der Reichsjugendführer Hoffmann auf dem Reichsparteitag in Bielefeld ein politisches Referat erstattet; in einer größeren Versammlung in Reichenberg sprach der Landesjugendführer Heinrich Schubert.

Diese Bemühungen der Christlichsozialen um die Jugend verdienen gewiß unsere Aufmerksamkeit; nicht weniger aber die Methoden, die diese jungen Leute im politischen Kampfe anwenden.

Der „Reichsjugendführer“ hat sich zu nichts anderem aufschwingen können als zur Wiederholung der Phrasen, die gegen die beiden deutschen Regierungsparteien in den letzten Tagen von der „Deutschen Presse“ vorgebracht werden. Er sagte u. a.: „Aber ebenso energig geben wir auch unserem Unwillen Ausdruck über die Leute, die sich zwar auch deutsch nennen, die sich aber durch ihre übergroße Loyalität eine deutsche Position um die andere rauben lassen.“ Wenn die junge Generation der Christlichsozialen genau den gleichen Ernsth, genau die gleiche Demagogie zum Ausdruck bringt wie Herr Hilgenreiner, dann werden die „Erneuerungsbestrebungen“ der Hoffmann und Schubert kaum Aussicht auf Erfolg haben.

# Ein Standgerichtsprozeß in Salzburg

Wien, 14. Juni. Das Wiener Standgericht ergab sich heute nachmittags nach Salzburg, wo morgen der Prozeß gegen die fünf Nationalsozialisten beginnen wird, welche am 10. Juni in Liefering bei Salzburg in den Saal, wo gerade die dortige katholische Jugend versammelt war, eine Wabomben warfen.

Der Hauptangeklagte ist der 22jährige Josef Fieber, seine Komplizen sind der 33jährige Peter Bernegger, der 19jährige Rudolf Ormer, der 38jährige Josef Klein und der 34jährige Ludwig Maier.

# Ermächtigungsgesetz angenommen

Brag, 14. Juni. Das Parlament hat heute nach ganztägiger Debatte, an der sich zehn Redner beteiligten, das Ermächtigungsgesetz in seiner neuen bis Ende Juni 1935 terminierten Form angenommen.

Referent war der frühere Innenminister Dr. Slabiz, der neuerlich als Sprecher der Koalition ein Gelöbnis auf die Demokratie ablegte:

„Unsere Demokratie ist als eine der letzten sozusagen eine Ausnahme, sie hat jedoch gerade in diesen außerordentlichen Verhältnissen, welche unter dem Einfluß der Nachkriegspsychose, sowie der moralischen und materiellen Krise stehen, ihre historische Mission. Wir bekennen uns zur Demokratie unerschütterlich und in dem festen Glauben, daß die Demokratie die einzige gerechte und dem Volkswillen am besten zum Ausdruck bringende Institution der menschlichen Gesellschaft ist.“

Unsere Pflicht ist es, die Demokratie zu verbessern und sie zu einem wirksamen und fähigen Instrument zur Überwindung der vorübergehenden Schwierigkeiten auszugestalten. Wir glauben

## Genosse Jaksch:

# Für demokratische Krisenlösung

Die Demokratie heißt auch für die Landbändler Farbe bekennen!

Auch der Sprecher unserer Fraktion, Genosse Jaksch, kam auf die drohende Misere zu sprechen und erklärte unsere Bereitwilligkeit zu Hilfsmaßnahmen, falls sie ausschließlich unter sozialistischen Gesichtspunkten erfolgen.

Andererseits hielt Jaksch den Kommunisten und später noch mehr den Landbühlern eine aufschlußreiche Vorlesung über das Kapitel „Demokratie“. Während er die Kommunisten selbstredend mehr ironisch abtat und sich um ihre gelegentlichen Störungsvorläufe nicht kümmerte — die Abfuhr besorgten schon unsere anwesenden Genossen — stellte Jaksch an die deutschen Agrarier die sehr ernste Frage, ob sie in ihren eigenen Reihen nicht doch einmal eine reinliche Scheidung zwischen Faschisten und Demokraten durchführen wollen. Eine klare Stellungnahme wäre hier wirklich allerhöchste Zeit!

Genosse Jaksch führte u. a. aus:

Die Vorlage soll der Regierung die Möglichkeit geben, wichtige Wirtschafts- und finanzpolitische Vorkehrungen, die sich im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschäftigung als nötig erweisen, ohne Verzug zu treffen.

In der Überzeugung, daß die Abwehr wirtschaftlicher und politischer Katastrophen nicht nur im höchsten Interesse der deutschen arbeitenden Bevölkerung dieses Landes, sondern auch im Interesse der Demokratie und des Sozialismus in Mitteleuropa überhaupt liegt, stellen wir schmerzwiegender formale Bedenken zurück und nehmen zu dieser Vorlage einen positiven Standpunkt ein.

Dabei lassen wir uns durch die wortreiche Kritik der Kommunisten nicht wandeln lassen. Eigentlich mühten sie jetzt selbst ein Interesse daran haben, daß die Tschechoslowakei der neue wertvolle Bundesgenosse Sowjetrußlands, durch seine innere Erschütterung geschwächt wird. Der Schutz der demokratischen Stabilität dieses Landes bedeutet ja auch eine Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion. Ich begrüße es mit Genugtuung, daß die kommunistischen Redner es diesmal wohlweislich unterlassen haben, das Ermächtigungsgesetz als ein Mittel zur Vorbereitung des „imperialistischen Feldzuges gegen die Sowjetunion“ hinzustellen.

Wir können auch die Kommunisten beim besten Willen nicht ernst nehmen, wenn sie sich heute auf dieser Tribüne als die Verteidiger der sozialistischen Errungenschaften der Arbeiterkraft aufspielen. Jahrelang haben die Kommunisten den Arbeiter erzählt, daß diese sozialpolitischen Errungenschaften ein „sozialfaschistischer Schwindel“ seien; nun auf einmal haben sie die „revolutionäre“ Bedeutung der Sozialpolitik entdeckt! Wenn es auf die kommunistische Partei angekommen wäre, dann hätten ja die Arbeiter dieses Staates überhaupt keine Alters- und Invalidenversicherung!

## Unsere sozialen Forderungen

Was die Handhabung des Ermächtigungsgesetzes anlangt, haben wir wesentliche Forderungen vorzubringen. Wir stehen noch immer vor einer Dauerarbeitslosigkeit, welche die Menschen schon durch drei, vier und fünf Jahre heimlich mit den Mitteln der sozialen Fürsorge ist dem Notstandsproblem in unseren Industriegebieten auf die Dauer nicht mehr beigekommen. Not tun tiefgreifende soziale Krisenlösungen, wie sie Dr. Czech seinerzeit als Fürsorgeminister vor dem Budgetausschuß der Nationalversammlung immer wieder als dringlichste Aufgabe hinstellte.

Redner urgiert die endliche Durchführung der Fünftagewoche, die planmäßige Regelung des Arbeitsmarktes und die durchgreifende Reorganisierung der Industrie, die mit einem erhöhten Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angehörigen in der Produktion verbunden sein muß. Der Staat muß ein erweitertes Zugriffsrecht auf die Konzentration- und Stilllegungspolitik der Industrie erhalten.

an den Endfing und die Festigung der Demokratie, nicht bloß bei uns, sondern in der ganzen gebildeten Welt.

Slabiz betonte dann u. a. auch noch darauf, daß das bisherige Ermächtigungsgesetz gezeigt hat, daß alle Befürchtungen, die bei der ersten Beschlußfassung seinerzeit geäußert wurden, sich als unbegründet herausgestellt haben. Während der Dauer des Gesetzes wurden 37 Regierungsverordnungen erlassen; in derselben Zeit hat das Parlament 48 und der Senat 43 Regierungsanträge durchberaten. Für die Nationalversammlung bleibt also genug zu tun übrig.

Von Koalitionseite hatten außer dem Referenten auch der Landbändler Böhm und zum Schluß der tschechische Agrarier Wabata auf die drohende Misere und ihre Konsequenzen hingewiesen und Hilfsmaßnahmen verlangt.

Auch zu einer besseren Organisation des Exportes sollte die Regierung die vorliegende Ermächtigung ausnützen.

Die japanische Konkurrenz, unter der Europa heute leidet, schöpft ihre Durchschlagskraft nicht allein aus Hungerlöhnen der japanischen Arbeiter, sondern auch aus der besseren Organisation des japanischen Exportes. Dem müssen auch wir ein System zielbewusster Exportförderung und Exportorganisation entgegenstellen.

Auch bezüglich der Kreditwirtschaft, auf die die Ermächtigung ausgedehnt wird, hat die Regierung noch große Aufgaben zu erfüllen. Vielfach droht die produktive Arbeitslosenfürsorge an dem ungelösten Kreditproblem zu scheitern, da die beteiligten Selbstverwaltungsförderer keinen Zwischenkredit aufbringen können. Beim Problem der landwirtschaftlichen Umschuldung werden die zu treffenden Hilfsmaßnahmen auch den Häusern und arbeitslosen Kleinhandwerkern zustatten kommen müssen. Auch für die ausreichenden Industriekredite muß Sorge getragen werden, damit es nicht mehr vorzukomme, daß Auslandsanträge aus Mangel an flüssigem Betriebskapital abgelehnt werden müssen.

## Sicherungen gegen die Misere

Genosse Jaksch verweist auf die anhaltende Trockenheit, welche die Ernte in weiten Landstrichen gefährdet und die Gefahr heraufbeschwört, daß zu der bisherigen Wirtschaftskrise auch noch eine ausgeprägte Hungerkrise hinzukomme.

Aus verschiedenen Gegenden wird bereits Hungermittelmangel, verbunden mit Panikverkäufen von Vieh gemeldet. Es besteht die Gefahr, daß zu dem Heer der hungernden Arbeitslosen auch noch das Heer der vernichteten Kleinbauernherden erstehen müßte. Der landwirtschaftliche Monopolplan des Ministers Dr. Godja hat infolge dessen ganz andere Voraussetzungen erhalten:

Es geht jetzt um die Erstversicherung im ungelährten Sinne, nämlich darum, daß die Bevölkerung die notwendigen Landesprodukte zu erschwinglichen Preisen erhält! Eine zentrale Bewirtschaftung der Lebensmittel und Futtermittel müßte jedoch unter sozialen Gesichtspunkten erfolgen.

Dazu ist vor allem notwendig die Sicherstellung des Nahrungsbedarfs für die Krisenopfer, die Sicherstellung des kleinbäuerlichen Futtermittelbedarfs, die unentgeltliche Beilegung von Saatgut für die Notstandsgebiete und die Abwehr einer spekulativen Verteuerung. Sollten unsere inländischen Vorräte nicht ausreichen, um die Folgen einer Misere auszugleichen, dann mühten natürlich auch Einfuhrerleichterungen für Getreide und für Futtermittel geschaffen werden.

## Agrarier und Demokratie

In einer Replik auf die vorausgegangene Rede des Landbündlers Böhm, der u. a. nach Arbeitsmöglichkeiten für die Jugend gerufen hatte, antwortete Genosse Jaksch es mit Anerkennung, daß Böhm die Behebung der Wirtschaftskrise und die Linderung der Agrarkrise doch nicht ausschließlich von der Einführung einer „ständischen Ordnung“ abhängig gemacht hat, wie es draußen in den Versammlungen der deutschen Landbändler leider geschieht.

Wir bekennen uns zur Pflicht der Demokratie, der Jugend zu helfen, wir betonen aber auch die Pflicht der demokratischen Regierungsparteien, die Jugend zu warnen vor den Sirenenklängen, die aus der faschistischen Nachbarschaft zu uns herüberdringen.

Es wäre nur zu wünschen, daß sich gerade die deutsche Agrarpartei endlich dazu aufrafft, einen klaren Trennungstrieb zwischen demokratischen und ihren faschistischen Elementen zu ziehen!

Wollen die Agrarier demokratische Krisenlösungen durch eine Zusammenarbeit der Arbeiter und Bauern? Oder wollen Sie die antimozgistische Einkreisungspolitik eines Henlein und

# „Wichtige“ Beratungen

zwischen Fey und Gombos?

Wien, 14. Juni. Der österreichische Sicherheitsminister Fey hatte gestern nachmittags eine mehr als einstündige Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Gombos, wobei nach verläufigen Informationen wichtige (?) Fragen erörtert worden seien. Nach dem heutigen Diner sind die beiden zu einer neuen Beratung zusammengetreten.

Am Abend ist Fey mittels Flugzeug nach Wien abgereist! — Die österreichischen Bundesbahnen sind ihm anscheinend schon zu unsicher geworden!

die kändisch-faschistischen Abenteuer der Heimfront mitmachen? In diesem Punkte tut eine Klarstellung not, denn die ernste Situation der heutigen Zeit erfordert ein offenes Bekenntnis zur Demokratie!

Die Krise der Diktaturen, die sich rings um uns abspielt, bezeugt es, daß wir auf dem richtigen Wege sind! Wunder kann auch der Herr Hitler nicht vollbringen; die Krise ist vielmehr nur zu bannen durch ehrliche, mühevollle Aufbauarbeit. Nur eine Demokratie, und zwar eine antikapitalistisch orientierte Demokratie, kann jene Aufgaben erfüllen, die uns die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems gestellt hat.

Der demokratische Wille der Arbeiterschaft kann es aber allein nicht schaffen, wenn er nicht den Willen zur ehrlichen demokratischen Mitarbeit der bäuerlichen und mittelständischen Schichten vorfindet. Dem Herrn Kollegen Rajman, der heute von hier aus die Sozialdemokraten in Bausch und Bogen für alles verantwortlich gemacht hat, möchte ich die Fragen stellen: Was hat der Mittelstand dadurch gewonnen, daß er in Deutschland und in Oesterreich mitgeholfen hat, die Demokratie zu vernichten? Sind unsere mittelständischen Kreise an einer Balkanisierung unseres Landes interessiert, wie sie sich heute in Oesterreich abspielt und Handel und Wandel lahmlegt? Wenn der Boden der Demokratie einmal verlassen ist, dann beginnt die Konjunktur der Abenteuer. Aber die Konsequenzen sozialer, wirtschaftlicher und politischer Natur für die große Masse der Bevölkerung, die sind sehr schwer zu ertragen!

Es müssen einmal auch die Herren im bürgerlichen Lager zur Kenntnis nehmen, daß die Krise mit rein kapitalistischen Methoden nicht mehr zu überwinden ist. Die Entscheidung steht heute zwischen kapitalistischer Katastrophe und sozialer Erneuerung der Wirtschaft und Gesellschaft!

Unsere Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz besagt, daß wir Staat und Wirtschaft im Interesse der Arbeiterklasse vor Katastrophen bewahren und alle Möglichkeiten ausnützen wollen, um diese Republik als Boden der friedlichen Arbeit, des sozialen und kulturellen Aufstieges der arbeitenden Massen zu erhalten und zu sichern. (Lebhafter Beifall.)

Die Opposition gegen das Gesetz bestand vornehmlich aus drei Kommunisten, die auf einmal entdeckten, daß auch bei uns gewisse sozialpolitische Errungenschaften der Arbeiterschaft bestehen, die der Verteilung auch durch Arrequisitionäre besser moskowitzischer Prägung wert sind. Zu ihrem Leidwesen mühten sie, wie Genosse Jaksch ironisch feststellte, diesmal wenigstens die Phrasen von den „imperialistischen Kriegsvoorbereitungen gegen Sowjetrußland“ unter den Tisch fallen lassen, da das angeht die Annäherung zwischen Rußland einerseits und Frankreich und der Vereinigten Staaten andererseits doch etwas gar zu deplaciert gelungen hätte. Dem Kommunisten Klimeni vor allem wäre ein kleiner Aufenthalt in Deutschland — vielleicht in einem Konzentrationlager — bestens zu empfehlen, damit er doch einmal den Unterschied zwischen der tschechoslowakischen Demokratie und dem Hitlerismus kennen lernte; heute hatte er nämlich sich behauptet, daß es gar keinen solchen Unterschied gebe.

Auf diese Herrschaften paßt wirklich nur die Bezeichnung „Parasiten der Demokratie“, die Genosse Jaksch in ehrlicher Enttäuschung über solches unzurechnungsfähiges Geschwafel ihnen gab.

Von der heutigen Opposition sprachen u. a. der frühere Eisenbahnminister Rajman. Der antimozgistische Komplex reagierte, und der Nationaldemokrat Dr. Godac, der haarstarr behauptete, daß dem Parlament durch das Ermächtigungsgesetz Rechte entzogen würden, die ihm die Verfassung garantiert habe. Dabei hat Herr Godac samt seinem Klub schon zweimal für das Ermächtigungsgesetz gestimmt! Die deutsche Opposition hatte sich auf eine kurze, natürlich ablehnende Erklärung beschränkt, die Stenzel vortrug.

Nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes in beiden Lesungen gab das Haus noch die Zustimmung zu einer vierwöchigen Kristerredung an den sozialpolitischen Ausschuss zum Zweck der Durchberatung der Revisionsvorlage. Dadurch ist, wie wir schon gestern andeuteten, die Vorlage praktisch auf den Herbst verlagert.

In der nächsten Sitzung, die morgen um 11 Uhr stattfindet, soll die Novelle zum Preissegesetz eingebracht werden, über die einige Blätter bereits ausführliche Informationen aus angeblich sicherer Quelle bringen.

# Don der Internationalen Arbeitskonferenz

Von einem Teilnehmer.

Genf, im Juni. Seit vorigen Mittwoch arbeiten die Kommissionen, die die einzelnen Verhandlungsgegenstände für die Beschlusfassung durch das Plenum vorbereiten haben. Die größte Aufmerksamkeit wendet sich begreiflicherweise den Verhandlungen der Kommission für die Arbeitszeit zu. Obwohl der Antrag der Arbeitergruppe, die Frage der Einführung der Vierzigstundenswoche, einem Ausschuss mit dem Auftrag zuzuwenden, über den vom Arbeitsamt vorgeschlagenen Entwurf eines dahingehenden Übereinkommens schlüssig zu werden, mit 71 gegen 22 Stimmen, also mit weit mehr als Zweidrittelmehrheit, im Plenum angenommen wurde, ist dessen Schicksal noch recht ungewiss. Die Arbeitergruppe lehnt bis auf den italienischen Unternehmer geschlossen eine Verkürzung der Arbeitszeit ab. (Die Arbeitgeber nehmen auch an den Kommissionsverhandlungen nicht teil!) Was da in der tagelangen Aussprache im Plenum von den Unternehmervertretern alles an Einwendungen gegen die Vierzigstundenswoche vorgetragen wurde, ist durch die Erfahrungen im Laufe der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung bereits so gründlich widerlegt, daß es fast mitleidend wirkt, immer wieder die alten Redensarten aus dem Munde von „Industrieführern“ anhören zu müssen. Was soll man dazu sagen, wenn auf einer Weltkonferenz, wie es die Internationale Arbeitskonferenz tatsächlich ist, allen Ernstes behauptet wird, die von den Arbeitern und Angestellten verlangte Verkürzung der Arbeitszeit auf vierzig Stunden in der Woche sei kein Mittel, Beschäftigungslosse in die Produktion zurückzuführen, sondern würde die Arbeitslosigkeit noch weiter steigern. Seit Jahren steht die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit auf der Tagesordnung. Zweimal hat sich bereits die Internationale Arbeitskonferenz damit beschäftigt, einmal in einer außerordentlichen Tagung und dann auf der ordentlichen Tagung im vorigen Jahre. Umfragen bei den Regierungen der Völkerbundstaaten und Erhebungen haben ausreichende Unterlagen für die endliche Vereinigung dieser dringlichen Notwendigkeit ergeben. Die Unternehmergruppe auf der heurigen Arbeitskonferenz aber verlangt neue Untersuchungen über die wirtschaftliche Lage in den beteiligten Staaten und über den Stand der Arbeitsgesetzgebung. Ihr ganzes Bemühen ist darauf gerichtet, das Zustandekommen einer internationalen Konvention zu verhindern, es hängt daher von der Regierungsdelegation der Konferenz allein ab, ob diesmal ein entscheidender Schritt in Sachen der Verkürzung der Arbeitszeit getan wird.

In den übrigen Kommissionen gibt es keine besonderen Reibungen. Nur macht es sich stark bemerkbar, daß aus einer Reihe von Staaten keine, oder ganz unzureichend Arbeiter nach Genf delegiert worden sind. Von den 46 Mitgliedsstaaten, die in Genf vertreten sind, haben nur 29 eine vollständige Delegation, 17 dagegen nicht. So ist heuer auch Oesterreich nur durch die zwei Regierungsabgeordneten vertreten. Unter dem neuen Dollfuß-Regime haben die österreichischen Arbeiter auf den Internationalen Arbeitskonferenzen eben nichts mehr zu suchen, die Arbeitgeber brauchen deshalb nicht dort zu sein, weil deren Vorteile ohnehin von der autoritären Regierung im Lande ausreichend gewahrt werden.

## Das Flasko der Einheitsgewerkschaft

Ein Gewerkschafter schreibt dem OAD aus Wien: Die faschistische Einheitsgewerkschaft hat nun selbst die Niederlage des neuen Regimes eingestanden. Die Regierungspresse berichtet, daß sich zum Eintritt in die faschistische Einheitsgewerkschaft im ganzen 100.000 Arbeiter und Angestellte angemeldet hätten. Diese Zahl ist angeblühls genauer Berichte, die wir bekommen, falsch. Es haben sich nicht mehr als 70.000 Arbeiter zum Beitritt gemeldet, und zwar vor allem Arbeiter und Angestellte solcher Betriebe, die öffentliche Aufträge haben und bei der Auftragserteilung gezwungen werden, den Beitritt zur Einheitsgewerkschaft zu vollziehen. Aber selbst wenn die Zahl von 100.000 Neueitritten richtig wäre, so hätte die faschistische Organisation noch immer weniger Mitglieder als die christlichen und die deutschnationalen Gewerkschaften vor dem Herbst hatten. Die Regierungspresse behauptet ferner, daß etwa Zweidrittel der Mitglieder der Einheitsgewerkschaft früher freien Gewerkschaften angehört hätten. Danach wären also etwa 60.000 Freigewerkschafter ihren Beitritt zu Einheitsgewerkschaft angemeldet hätten, so wäre das ungefähr ein Zehntel des Mitgliederstandes der freien Gewerkschaften. Neunzig Prozent der Mitglieder der freien Gewerkschaften haben also ihren Organisationen trotz faschistischem Terror die Treue gehalten. In Wirklichkeit ist die Blamage der Einheitsgewerkschaft noch größer als diese, von der Regierungspresse gegebenen Zahlen zeigen. Die Arbeiter stehen dem austrofaschistischen System und seiner gelben Gewerkschaftsorganisation in unverwundlicher Feindschaft gegenüber!

# Tagesneuigkeiten Für Koloman Wallisch

Der OAD erfährt aus Leoben (Obersteiermark): Nachdem die Gendarmerie wochenlang versucht hatte, den Zugang zum Grabe des von der Regierung Dollfuß hingegichteten Vorkämpfers der steirischen Arbeiterschaft, Koloman Wallisch, zu sperren, ist nun endlich der Zutritt zu der allen österreichischen Arbeitern teuren Stätte endlich freigegeben worden. Bisher wurde der Versuch, Blumen auf dem Grab Wallischs niederzulegen, mit Polizeiarrest bestraft. Nun dürfen die Arbeiter ungehindert zum Grab ihres Märtyrers gehen. Das Grab ist mit Steinplatten eingefaßt worden. Ein Berg von Blumen türmt sich auf dem Erdbügel. — Dieser Tage fand man auf dem Grabe das folgende, von einem Bruder Arbeitslosen verfaßte schlichte Gedicht:

Du warst ein Kämpfer sondergleichen,  
Du warst ein Held im schönsten Sinn.  
Großest wolltest Du erreichen  
Und Dein Herz war stark und kühn.

Armen Menschen warst Du Vater,  
Andre fürchteten Dein Wort,  
Einer freien Zeit Berater,  
Gegen Finsternis ein Hort.

Weil Du Mensch und menschlich warst,  
Nächstest Du gewaltfam sterben,  
Doch die Zeit ehrt Dich, den Toten,  
Freie Menschen sind die Erben.

Dein Vermächtnis wird ersehen,  
Denn die Zeit baut selbst den Plan.  
Freies Menschentum zu schaffen  
Ist und bleibt kein leerer Wahn.

Blumen, die der Frühling gab,  
Großer Held, so nimm sie hin!  
Frühling spricht aus Deinem Grab,  
Einer späteren Zeit Gewinn.

Öhr' aus Fernen nun ein Klingen,  
Geisterhaft und herzlich schön:  
Sieh das große Völkerringen  
Und der Menschheit Auferstehn!

## Firmung — Tanz — Totschlag

Kaschau, 14. Juni. In der Gemeinde Petroviani im politischen Bezirk Prešov fand eine Firmungsfeier statt, an die sich im Ortsghasthause eine Tanzunterhaltung angeschlossen, auf der es zwischen den Angehörigen von zwei Familien zu einer blutigen Schlägerei kam, in die auch die Dorfburichen eingriffen. Es wurde mit allem, was erreichbar war, gekämpft; auch mehrere Schüsse wurden geschossen. Plötzlich stürzte der J. Kovala mit einer Hand in der Hand ins Zimmer und verlor dem 20jährigen Sokořovskij einen Hieb, worauf dieser tot zu Boden sank. Dreißig Werverletzte wurden in Krankenhäuser transportiert. Kovala wurde verhaftet.

## Kirchturm in Lovačov eingestürzt

Gefährlicher Brand der Kirche.

In den ersten Morgenstunden des Mittwoch geriet aus bisher nicht aufklärten Ursachen der Turm der St. Wenzels-Kirche in Lovačov (Slowakei) in Brand. Die Löscharbeiten der Feuerwehr gestalteten sich außerordentlich schwierig, da der Zugang zum Turm von innen durch den Rauch unpassierbar wurde und man sich darauf beschränken mußte, den Brand von außen zu bekämpfen. Gegen 10 Uhr vormittags stürzte der Turm zusammen, doch hatte man dies vorausgesehen, so daß die Löscharbeiten sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht hatte. Der Brand, der einen in Hunderttausende gehenden Schaden verursacht hat, wurde erst nach stundenlanger Mühe bewältigt.

## Brandunglück slowakischer Gemeinden

Kaschau, 14. Juni. In der Gemeinde Budatinská Lehotka im politischen Bezirk Mynskel Nové Město vernichtete am Mittwoch ein Feuer 15 Häuser. Zahlreiches Vieh und Geflügel ist in den Flammen umgekommen. 70 Personen sind obdachlos. Es ist dies seit Beginn des Jahres 1934 bereits der sechste Brand in dieser Gemeinde.

Durch eine große Feuersbrunst in der ärmsten Gemeinde des Zempliner Gebietes, in Mašlovce (Bezirk Humenne), wurden 61 Familien obdachlos. Nur drei der Abbrändler waren gegen Brandschaden versichert. Der Bezirkshauptmann von Humenne Madač widmete als erste Hilfe einen Betrag von 3000 Kč, für welchen Betrag den betroffenen Familien Lebensmittel gekauft wurden. Der Landeskulturrat und das Landesamt in Preßburg organisierten eine weitere Hilfsaktion.

## Elf Menschen von einem Blitz getötet

New York, 14. Juni. In einem Landhause im Staate Dakota in Mexiko wurden durch einen Blitzschlag sieben Männer und vier Frauen getötet. Durch denselben Blitzschlag wurden noch dreißig Stück Vieh erschlagen.

## Theodor Däubler gestorben

Aus St. Blasien im Schwarzwald kommt die Nachricht, daß dort der Dichter Theodor Däubler im Alter von 58 Jahren einem Lungenleiden erlegen ist.

Dem großen Lesepublikum war der Verstorbene kaum bekannt. Seine lyrischen Gesänge, die „kosmische“ Erlebnisse in hymnischem Stil gestalten, sein mythisches Dichtwerk „Nordlicht“, sein Roman „L'Africana“ und seine ästhetisch-philosophischen Schriften haben nur einen kleinen Kreis eifriger Anhänger erfaßt, die in dem aus Triest stammenden Dichter einen Mittler zwischen romanischem Formgefühl und germanischem Tiefinn sahen, den Ständer einer über Zeitgeschehen und literarischen Kampf erhobenen sinnberauschten Welt-Vision.

Die eigenwillig formstrenge Lyrik Stefan Georges, die langvoll-bewegte Verklungnis Mises und die formulierende Rhythmis der Zeitdichter hat die Lyrik Däublers weder an Bedeutung noch an Wirkung erreichen können. Dabei hat es dem Dichter aber an Anerkennung nicht gefehlt: er wurde zum Mitglied der Preussischen Dichterkademie ernannt und war eine Zeitlang Vorstandsmitglied des deutschen PEN-Clubs. In Prag war er als Schwager des Kunstatademiaprofessors Willi Nowak häufig zu Gast.

Theorie und — Jerusalem! Stabily, Propagandist der jüdisch-faschistischen Revisionistenbewegung, der Mörder des jüdisch-sozialistischen Arbeiterführers Arlosoroff, wurde zum Tode durch Erschießen verurteilt. Die in Tel Aviv verübte blutige Tat, die, nach allfaschistischem Rezept, im nächtlichen Dunkel und von hinten verübt wurde, hatte seinerzeit ungeheure Erregung im ganzen Lande hervorgerufen. Das Leichenbegängnis des hingerichteten Sozialisten wuchs sich zu einer wahren Volksdemonstration aus. 60.000 Palästinaer folgten dem Sarge Arlosoroffs. Inzwischen treibt der jüdisch-palästinenfische Faschismus sein provokatorisches Unwesen weiter. Überfälle auf Arbeiterheime, Attentate auf sozialistische Kinderheime, Versammlungs-Sprengungen durch ebenfalls braunhemdige Prapos sind an der Tagesordnung. Selbst ein Streiker könnte hier lernen, wie nützlich (neben der unsagbaren Widerwärtigkeit und Rohheit diese Heuse) die „ideologische“ Grundlage seiner Judenhetze ist und wie überzeugend sichtbar die politische Scheidung quer durch alle Rassen und Konfessionen hindurchgeht. Aber Individuen dieser Art wollen ja aus den Tatsachen nicht lernen. Für sie ist der Antijemitismus keine Ueberzeugungssache, sondern ihr Geschäft — also ein nationalsozialistisches Politikum!

Ein Baumeister des neuen Wien im Konzentrationslager! Vor einigen Wochen haben bekannte englische Intellektuelle und Männer und Frauen des öffentlichen Lebens, unter ihnen Lord Snowden und Lord Allen, in einem Brief an Bundeskanzler Dollfuß für die Freilassung des Bürgermeisters Seid und des Stadtrates Weber, des Leiters der Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien, interveniert. Seid wird weiter im Kerker gehalten, obwohl sein Gesundheitszustand zu Besorgnissen Anlaß gibt. Stadtrat Weber wurde aus der Haft im Landesgericht entlassen. Einige Tage später wurde Stadtrat Weber, obwohl vom Gericht entlassen, von der Polizei festgenommen und nach Böllersdorf in das Konzentrationslager gebracht. So demonstriert die austrofaschistische Diktatur ihre Gleichgültigkeit gegenüber der Meinung aller zivilisierten Europäer.

Eben Edein am Ziel. Eben Edein hat das Ziel seiner Expedition in China erreicht. Er ist in Kwantung in der Provinz Sinkiang eingetroffen. Die übrigen Mitglieder der Expedition und die Kraftwagen befinden sich in Lop Nor. In einigen Tagen beabsichtigt Eben Edein die Rückreise nach Schweden anzutreten. Die Aufgabe der Expedition bestand darin, Untersuchungen darüber anzustellen, ob der Bau einer Kraftwagenstraße zur Verbindung Kwantung mit dem eigentlichen China möglich ist.

Unbeträchtliche Zunahme des Index der Großhandelspreise. Der nach dem Stande vom 1. Juni d. J. ermittelte Index der Großhandelspreise weist eine unbeträchtliche Zunahme um 0,3 Prozent von 658 auf 660 aus. Der Index der Nahrungs- und Genussmittel erhöhte sich um 1,2 Prozent von 641 auf 649, ebenso festigte sich der Futtermittelindex um 4,0 Prozent von 432 auf 453, so daß der Gesamtindex der Nahrungs-, Genuss- und Futtermittel gegenüber 630 im Vormonate 638 beträgt. Dagegen sank der Index der Industriestoffe und -Erzeugnisse von 689 auf 684, also um 0,7 Prozent.

Nachberatung im Saazer Hopfenbaugbiet. Sonntag, den 17. Juni, findet im Cizlahof bei Wotatschen eine Versammlung der Hopfenbauern aus dem Saazer Gebiete statt, in der über die Organisation der Aktion zur Rettung der heurigen Hopfenernte beraten werden soll. Diese Versammlung wird von den Hopfenorganisationen veranstaltet. Die Referate über Bewässerung werden Fachleute der staatlichen, landwirtschaftlichen Forschungsanstalten halten. Dozent Dr. Janota wurde um ein Referat über seine modernen Methoden der Wasserversuchung, die sich im Saazer Gebiet bereits gut bewährt haben. Die Landwirte werden das neue Bewässerungssystem in den Hopfenäcker, das mittels sogenannter „Wasserkanone“ durchgeführt wird, bestudieren.

# Vom Arbeiter-Turn- und Sport-Verband Olympiade Prag

Aus den bisherigen Meldungen zu schließen, wird unsere Teilnahme sehr stark sein. 70 Vereine haben bisher leider erst gemeldet.

Bei der Teilnahme der Kinder ist es besonders wichtig, nochmals auf die Fahrpreisermäßigung hinzuweisen. Diefelbe beträgt 66 Prozent, also drei Kinder auf eine normale Fahrkarte. In je zehn Kindern kann ein Begleiter beige stellt werden, angefangene zehn gelten als voll. Diese Begleitperson hat 60 Prozent Ermäßigung. Als Ausweis werden an den Stationskassen oder bei uns „Pflast“ (Kinder-Gruppenfahrlegitimationen) ausgegeben. Diese sind zweifach auszufertigen und auf der Rückseite die Namen aller Kinder und der Begleitpersonen anzuführen.

Begleitpersonen bei Kindern zahlen den vollen Festbeitrag von 25 Kč. Diese Festkarte gilt aber bis 9. Juli. Die Fahrpreisermäßigung gilt auch bei über 200 Kilometer für Schnellzug.

Die Meldung, daß für den 8. Juli 300 Fahlskarten zu 5 Kč notwendig sind, besteht sich nur auf Sitzplätze. Wir haben für uns 200 solche Plätze reservieren lassen.

Alle Verbandsmitglieder sollen sich sofort bei ihrem Funktionär, soweit dies noch nicht geschehen ist, melden. Ebenso alle Parteigenossen und Parteigenossinnen bei den zuständigen Turnvereinsfunktionären.

Am 15. Juni ist Meldefest! Meldungen bezüglich Zugabemühung folgen nach sobald die genaue Zahl der Gemeldeten feststeht.

Die Bundesleitung.

## Wieder eine Hinrichtung in Berlin

Berlin, 14. Juni. Richard Güttig aus Berlin, geboren 1908 in Bolkendorf, ist heute früh im Hofe des Strafgefängnisses zu Bismarckstrasse hingerichtet worden. Der preussische Ministerpräsident hat von dem Vergnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht, weil es sich bei der Tat um einen feigen Mordfall auf zwei SS-Männer gehandelt habe, bei dem der SS-Mann von der Ahé den Tod fand.

Warnung! In den verschiedenen Sekretariaten wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen ein Mann namens Josef Kuffner, der aus Würzburg sein will, vorkommen. Nach den bisherigen Erhebungen hat der Mann kein Recht, die Hilfe hiesiger Parteistellen in Anspruch zu nehmen, da er nie Sozialdemokrat gewesen ist. Wir warnen alle Organisationsstellen, ihm weiter zu helfen. Das Repräsentantenhaus in Washington nahm eine Wohnungsverordnung an, die weitere 1500 Millionen Dollars für den Bau von kleineren Wohnungen für Beamte und Arbeiter bewilligt.

## Vom Rundfunk

### Wichtige Entscheidung des Ministeriums des Innern über Vorführungsgenehmigungen

Nach Informationen der Monatszeitschrift „Recht und Politik“ gibt das Ministerium des Innern mit einem Rundschreiben vom 14. Mai l. J. Nr. 14.390 den Landes- und Bezirksämtern die Bestimmung bekannt, daß konfessionelle Radioböden, sofern sie in ihren Geschäftsräumen ihren Munden Rundfunkempfänger vorführen — keine Vorführungsgenehmigung seitens der zuständigen politischen Behörde benötigen, da es sich in diesen Fällen um keine öffentliche Rundfunkübertragung handelt. Dagegen wird mit der Rundfunkübertragung in Zuerbädereien und Freizeitsälen der gleiche Zweck verfolgt, wie in öffentlichen Gasthäusern und Kaffeehäusern und es ist daher grundsätzlich an der Forderung der Vorführungsgenehmigung für diese öffentliche Verbreitung der Rundfunkprogramme festzuhalten. Das Ministerium des Innern überließ jedoch der freien Ermächtigung der untergeordneten Verwaltungsämter, an der Forderung einer besonderen Vorführungsgenehmigung nicht zu bestehen, falls es sich um kleine Zuerbädereien und Freizeitsäle handelt, die nur geringen Betrieb haben, und wo die Rundfunkempfangsstation vor allem dem Inhaber der Empfangskonzession dient.

Ein Großspender in Athen. Die italienische Marconi-Gesellschaft hat der griechischen Regierung das Angebot gemacht, in Athen mit einem Aufwande von 60 Millionen Drachmen eine große moderne Sendestation nach dem Muster der römischen oder Moskauer Station zu errichten. Diesen Betrag von 60 Millionen Drachmen bietet hierbei die Marconi-Gesellschaft als langfristige Anleihe an, die beglichen werden würde durch Abzahlungen aus dem Ertrahnis der Funkbahnen, der Straßen der Schiffsörter und hauptsächlich aus den Einnahmen des Studio, in dem auch ein großer Konzertsaal sich befinden würde, der 2000 Konzertbesucher faßt.

### Empfehlenswertes aus den Programmen:

Samstag:  
Prag, Sender L.: 6: Gymnastik, 10.05: Deutsche Radiostimmen, 12.10: Schallplatten, 13.35: Arbeitsmarkt, 17.10: Sonate für Bioline und Klavier, 18.05: Deutsche Sendung: Demokratie und Jugend, Hörbericht für die Jugend, 21: Orchesterkonzert. — Sender S.: 14.30: Lieberstündchen, 15.10: Deutsche Sendung: Da ward Liebe zu Leide, altdeutsche Balladen, 19.20: Italien: Chansons auf Schallplatten. — Brunn 17.10: Schallplatten, 17.45: Klavierkonzert, 18.30: Kinderchor. — Mähr.-Odrau 16.05: Orchesterkonzert, 17.10: Walzerlieder. — Preßburg 16.45: Kinderdarstellung.

### Röhms Tagesbefehl

Stillgehalten! In dreien abjähren! Ich habe euch folgendes zu befehlen: Wir geben jetzt alle mit wechselnden Serien erstmal in Ferien.

Ich auch. Da ich meine Gesundheit verschlechtert, will ich den Ratschlägen meiner Ärzte mich ausnahmsweise gnädig erweisen und schnellstens verreisen.

Weil man das heute leicht misshört, will ich euch sagen, worum sich dreht. Es dreht sich — das habt ihr euch einzuschärfen — nur um die Kerben.

Vielleicht ist der Darm auch ein wenig verbogen. Doch alles weitere ist erlogen. Nach meiner Heilung wird garantiert weiter marschiert.

Wir sind als Garanten der Revolution das Schicksal der ganzen deutschen Nation. Wir sind des Führers getreue SA. Wir bleiben da!

Wir kämpfen also nach kurzer Stundung weiter um die deutsche Weltordnung. Den wollen wir sehen, der uns das betreibt. Abteilung führt!

Der Rote Hans.

Fünf Kinder ihres Ernährers beraubt. Mittwochs abends wurde der 34-jährige arbeitslose Rauter Kretz aus Reichshausen, als er mit seinem Fahrrad eine Kurve oberhalb des Karlsbader Golfplatzes passierte, von einem in entgegengekehrter Richtung fahrenden Auto aus Schlan erfasst und zu Boden geschleudert. Rauter erlitt hierbei schwere Verletzungen der Schädeldecke und starb nach wenigen Minuten. Er hinterläßt fünf unmündige Kinder.

Das Geheimnis um Kuramoto. Die Reuter aus Nanjing meldet, befindet sich der japanische Edelkaiser Kuramoto am Leben. Er wurde dort bei den Gräbern der Ming-Dynastie aufgefunden. Kuramoto war nach den mehrjährigen Strapazen, die er durchmachen mußte, vollkommen entkräftet. Aus seinem ganzen Verhalten ist zu entnehmen, daß dies ein unvorsichtiger Abenteuer-Spaziergang einer zeitlichen Desorientierung hinterließ, wenn nicht sogar ernstere seelische Störungen.

Elbe-Durchstich bei Dessau. Am Mittwoch nachmittags wurde der Elbe-Durchstich am Kurzen Burch bei Roslan vollzogen. Durch den neuen Auslauf wird ein weiterer Bogen der Elbe abgeklüftet. Die Freigabe des neuen Auslaufes für den Schiffsverkehr wird stufenweise erfolgen.

Selbstmordland Bulgarien. Aus Sofia wird berichtet: Die Zahl der Selbstmorde nimmt mit jedem Jahre in Bulgarien zu. Während im Jahre 1900 136 Personen den Freitod suchten und fanden, stieg diese Anzahl im Jahre 1933 bereits auf 749 Personen. Im Laufe der ersten drei Monate des Jahres 1934 machten 162 Personen ihrem Leben freiwillig ein Ende gegenüber 156 Personen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Zwei Drittel der Selbstmörder entfallen auf die Männer, der Rest auf die Frauen. Die Ursache für die Begehung von Selbstmorden liegt hauptsächlich in Zerwürfnissen der Familien, unglücklicher Liebe, verschiedenen Krankheiten, so z. B. unheilbarer Geisteskrankheit und in letzter Zeit auch Arbeitslosigkeit.

### Eingesendet Die Regreßvorlage

Die Regreßvorlage über die Rückforderung der Unterhaltungen, die seinerzeit nach den Bauordnungsgeetzen von 1919 bis 1924 gegeben worden sind (Regreß), bedroht die Existenz zahlreicher Baugenossenschaften. Dreißig Millionen RM jährlich sollen damit herbeigeholt werden. Es liegt auf der Hand, daß das eine blanke Unmöglichkeit ist. Würde diese Vorlage zum Gesetze, so würde sie nicht nur Tausende von Familien ins Elend stürzen, sondern auch zahllose Mieter und Genossenschaftler, die Einlagen bei Baugenossenschaften gemacht haben, unter Umständen auch die Hypothekengläubiger empfindlich schädigen.

Die Deutsche Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge hat unter Mitarbeit der besten Sachverständigen auf dem Gebiete der Wohnungs- und Siedlungspolitik eine Denkschrift über die Regreßvorlage herausgegeben, die für alle Beteiligten, insbesondere Gemeinden und Baugenossenschaften von größter Wichtigkeit ist. Diese Denkschrift legt dar, daß der Zeitpunkt für die Rückforderung der Unterhaltungen nach den gegebenen Zusicherungen noch nicht gekommen ist und daß ein vorzeitiger Regreß von den vererblichen Folgen begleitet wäre und nicht nur die Baugenossenschaften und ihre Mieter, sondern auch den Anwartsdienst der staatlich garantierten Darlehen und damit den Hypothekensmarkt gefährden würde. Da nicht zu erwarten ist, daß die ganze Regreßvorlage abgelehnt wird, macht die Denkschrift eine Reihe von Vorschlägen, um wenigstens die ärgsten Härten zu mildern und die Regreßvorlage vielleicht einigermaßen erträglich zu machen. Diese Vorschläge haben nur dann Aussicht auf Erfolg bei der Beratung der Regreßvorlage im Parlament, wenn sie nicht nur von den unmittelbar Beteiligten, sondern auch in den breiten Kreisen der Bevölkerung beachtet, verstanden und mit jenem Nachdruck vertreten werden, welcher der Größe der Gefahr entspricht. Die Denkschrift ist der Regierung und allen deutschen Parlamentariern vorgelegt worden. Sie wird von der Deutschen Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge in Prag IV, Na Batek Nr. 288/1 gegen Einfindung von 6 RM überfendet. Da die Vorlage in kürzester Zeit erledigt werden soll, ist sofortige Bestellung geboten.

## Herr Lehmann ist isoliert

#### Faschistische Sehnsucht nach deutscher Rohkost

Herr Dr. Emil Lehmann, der Volkshochschulmann der weiland nationalsozialistischen Partei, sucht und findet wie alle emeritierten Halenkreuzler Anlehnung und Unterschlupf in der SS. In Henleins „Rundschau“ führt er bittere Klage über die „geistige Isolierung“, in der wir — will heißen: er und seinesgleichen — uns neuerdings befinden. Schon die Zollmauern seien ein Uebel, erklärt Herr Dr. Lehmann, ohne allerdings ein Wort darüber zu verlieren, daß sein Drittes Reich zur Erhöhung dieser Mauern wesentlich beigetragen, daß vor allem dessen Vorläufer unter dem Druck der Hitler-Heder-Rosenbergischen Autarkie-Propaganda den Reigen der Schutzzöllner angeführt haben.

„Aber noch war bisher über alle binneneuropäischen Mauern der Weg für die Bildung und für das Geistesleben frei. Erst in der letzten Zeit scheint es eine weitere Errungenschaft unserer Abendlande zu werden, daß zu der wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit auch schon von Mittelstaaten die geistige Absperrung hinzukommt.“

Wird Herr Dr. Lehmann jetzt gegen den Faschismus und gegen die geistige Autarkie des Dritten Reiches protestieren? Gegen Bücherverbrennungen, Presseverbote, Abhebung von Professoren, Vertreibung von Gelehrten und Künstlern, gegen die ganze Gleichschaltung der Firma Goebbels? Es fällt ihm nicht im Traum ein. Nur die „Mittelstaaten“ sollen geistigen Freihandel treiben und auch die nur, wenn die Importware faschistisch ist!

Die Raibität, die Herr Lehmann spielt, wäre rührend, wenn sie nicht so dreist wäre. Er beklagt sich über die Verbote von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern:

„Ja es sind nicht nur Einzelverbote, sondern ganze Verbotlisten... Man verbietet anscheinend wahllos alle Arten von Druckerzeugnissen: von politisch eingehaltenen Berichten bis zu unentbehrlichen Behelfschriften, Kinderzeitungen, Hocheröffentlichungen... auch das Börsenblatt der Deutschen Buchhändler... Mit einer eigenen Verbotliste, einem ganzen Index, hat man die öffentlichen Bücherereien beklagt.“

Das schmerzt die Herrschaften um Lehmann, wie wir längst wissen, ganz besonders. Es war doch so schön, im Rahmen der demokratischen Gesetze, mit dem Gelde der Gemeinden, gestützt auf die Autorität des demokratischen Staates, die Saat des Faschismus auszustreuen und die Gemeindebibliotheken mit dem Mist der Berliner Propagandazentralen zu füllen.

Wenn die Herren jetzt fortwährend ihrer Entrüstung über die umfangreichen Verbotlisten Ausdruck geben, vergessen sie nur zu erwähnen, daß die Listen so umfangreich sind, weil die Zahl der faschistischen Bücher so groß war, weil einzelne Bücherereien in den letzten Jahren nur noch Hitler-Literatur einstellten. All das, was auf den Listen steht, wurde eben in zahlreichen Bibliotheken vorgefunden. Und manche Bibliothekare begünstigten sich nicht mit einem Exemplar. Bis zu fünf Exemplare von Hitlers „Mein Kampf“ und ähnlichem Zeug wurden für teures Geld angekauft!

Aber wenn man die Absperrung und Isolierung schon bedauert, so dürfte man in der Kühnheit seiner Anlagen denn doch nicht so weit gehen wie Lehmann, der den Ursprung der Praxis überleht und mit einem großen Gedankensprung zu den in der Folge erst nötig gewordenen Abwehrmaßnahmen kommt:

„Die Spitze des Lotowalei marschiert mit an der Spitze dieser neuen europäischen Errungenschaft. Nur Österreich scheint noch rascher voranzuschreiten...“

Nur Österreich also. Daß in Italien diese Praxis seit zehn Jahren geübt wird, weiß

Herr Lehmann wohl nicht. Daß nicht nur „mit an der Spitze“, sondern schlechthin voran Deutschland marschiert, davon hat Lehmann nichts gehört? Liegt Reichsbürg so weit von der deutschen Grenze entfernt, daß die Kunde von Verbotlisten, „Reinigungen“, Bücherverbrennungen nicht dahin gedrungen sein sollte! Große deutsche Verlage mußten zupacken und ihre Lager veranlassen, was in Deutschland noch erzeugt wird, ist unter dem Niveau, auf dem sich selbst beschreibende Leser halten, die namhaften deutschen Autoren schreiben und verlegen in Holland, in Frankreich, in der Schweiz. Lehmann sagt, bald werde man in der Schulen keine Goethe- und Schiller-Ausgaben mehr anschaffen dürfen, weil derlei im Inland nicht erzeugt wird. Vielleicht halten wir bald dabei, daß es noch bei uns erzeugt werden kann, denn der „Goethe-Buchverlag“ ist ja mit Goethes „Hitz“, Karl May und den „Memoiren“ von Friedrich Heine überfüllt, daß er für den Kulturvolksherrn Goethe und den Erfinder von Guelmarchen Friedrich Schiller (siehe Tell, Räuber, Kabale und Liebe, Fiesco usw!) keinen Raum mehr haben wird.

Es ist ein starkes Stück, als bekannter Parteigänger des Goebbels über Beschränkung der Geistesfreiheit zu klagen, ein starkes, sich mit dem Brüllen der Heberzeugung über demokratische Abwehrmaßnahmen aufzuregen und so zu tun, als wüßte man nicht, wer sie nötig gemacht, wer das System begründet hat, dessen Schwäche und im Rahmen der Geschlichkeit sich bewegendes Nachahmung man anlag. Herrn Lehmann ist es nicht recht, daß hierzulande Behörden und Gerichte Bücher und Zeitungen verbieten. In Deutschland kann es jeder braunbeindete Bandit. Und in Deutschland werden Zuwidderhandlungen mit Zuchthaus bestraft oder auf der Stelle erschossen.

Aber davon weiß Lehmann nichts. Er beklagt sich ja auch, daß man „über die gewaltigen Strukturveränderungen der großen europäischen Nationalstaaten“ nicht informiert wird.

Man muß doch wenigstens wissen, was in diesen Staaten vor sich geht. Man muß sich doch unterrichten können.“

Man sollte es sogar! Aber man kann es nicht, wenn man liest und glaubt, was drüben unter dreifacher Zensur und im Schatten des Schaffotts gedruckt wird. Gerade, weil man sich über die „lebendigen Entwicklungen“ drüben — und das sind fast durchwegs solche, die gerabeweg zum Sterben führen — unterrichten muß, kann man den Zustrom der Literatur nicht dulden, die aus den Augenwinkeln des Propagandaministeriums flieht.

Wie empfehlen Herrn Lehmann Mrs erste nur ein Buch, eine kleine Schrift, in der er sich über einige „Strukturveränderungen“ in unserer Nachbarstaat unterrichten kann. Er wird es nicht glauben wollen, wie sehr sich seit Kant und Hölderlin die Struktur Deutschlands geändert hat, wie weit der Weg von Weimar bis Oranienburg war. Er lese Gerhard Segers Tatsachenbericht: Oranienburg, und er wird dann erst begreifen, wie recht er mit seiner Behauptung von der Isolierung der Antike hat. Die abendländische Kultur ist tatsächlich verflucht isoliert. Nicht durch die Verbotlisten, die Lehmanns Freunde immer wieder zu umgeben wissen, sondern durch den Sieg einer barbarischen Lebensform jenseits der Grenzen dieses Landes, in dem es — „wenn das so weitergeht“ wie Lehmann sagt, der eine Aenderung auch hier herbeiseht — eines noch gibt: die Möglichkeit des freien Bekennnisses zur Kultur des Abendlandes, während drüben der Schrei nach der Kultur in der Regel der letzte ist, den ein Mensch noch ausstößt, weil die würgende Hand des Mörders ihm den nächsten in der Achse erstickt!

## Hitlers Sterne

#### Astrologie und Politik

Der preußische Minister des Innern Fric brachte unlängst in Erinnerung, daß es in Deutschland überall einen „Kalelei“-Paragrafen gebe und daß gewisse Tätigkeiten wie Prophezeien, Kartenlegen, Horoskopstellen, Hellschen unter Strafe stehen, wenn sie zu erwerblichen Zwecken ausgenutzt werden. Er hat Weisung erlassen, den Kalaleiparagrafen in jedem Falle mit voller Strenge anzuwenden.

Diese Verfügung hat überrascht. Man weiß, daß die Machthaber des Dritten Reiches, mit Ausnahme von Fric, abergläubisch sind wie die Höckerweiber des germanischen Urwaldes. Hitler hat gleich zwei Lieblingshoroskopisten, er hört auf „Wahrjäger“, Hellscher, Traumdeuter und ändert Pläne ab oder verschiebt deren Ausführung, wenn irgendetwas „Zukunftsfänder“ ihm Mißgeschick voraussagt. Sie waren fast alle, die Oberbönen, Freunde des verbrecherischen Charlatans Hamuffen, der umgebracht werden mußte, weil er zu viel wußte und wahrscheinlich bei zu vielen Schändlichkeiten als Inspirator mitgewirkt hat. Zudem halten die astrologischen Zeitungen — wie Pilze schossen sie von 1930 an aus der Erde — viel für Hitler getan. Die Sterne kündigten merkwürdigerweise immer „Heil“ für das Dritte Reich

und die vielen Gläubigen des astronomischen Unfugs wagten nicht mehr, dem „Gebot“ der Planeten zu trotzen. Hitler war dankbar. Er wollte, auf Anregung einiger neuerzeitiger Magier, Lehrstühle für „astrologische Forschung“ an den Universitäten errichten, sich dabei aber auf so behemten Widerspruch der Fakultäten, daß die Sterne — nach Auskunft eines astrologischen „Nachmannes: es selbst für geraten fanden, dieses Vorhaben zu verlagern.

Als Fric's Erlaß herauskam, gab es einen Petitionsstrom bei ihm und Hitler, beim Kultusminister Ruff und im Propagandaministerium. Fric sah sich gezwungen, seinen Erlaß durch Interpretation abzumildern. Nur die „unwissenschaftliche“ Horoskopie, die laienhafte Handhabung des Wahrsagens, Hellschens usw. sollte der Strafe verfallen.

Die astrologischen Zeitschriften, auf deren Beseitigung es Fric hauptsächlich abgesehen hatte, blieben bestehen. Warum auch nicht? Sie sind und bleiben trenngleichschaltet. Nummer für Nummer entbieten sie die Bundesgenossenschaft der Sterne für das Dritte Reich, lassen es dank dieser Allianz zum ewigen Reich erblühen. Nummer für Nummer und mitunter gleich an mehreren Stellen lassen sie Frankreich als Großmacht zugrunde gehen, prophezeien sie alles zu Staub und Asche, was gerade dem Hitler-Regime zur Zeit

## Wer zahlte Frau Segers Reise?

(Sopade.) Die deutsche Regierung hat in ihrem Nachfeldzug gegen den früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Gerhart Segers eine schwere Niederlage erlitten. Sie mußte Frau Segers und ihre 20 Monate alte Tochter, die sich seit Nummer d. 3. als Geiseln in dem Konzentrationslager Rosslau bei Dessau befanden, freilassen, und die englische konservative Abgeordnete Mrs. Tate ließ auch die Ausreisegenehmigung für die beiden Freigelassenen nach London durch.

Um das stark ramponierte Ansehen der deutschen Regierung wieder etwas zu verbessern, erklärte das Propagandaministerium den englischen Pressevertretern, daß die deutsche Regierung die Kosten für den Flug von Berlin nach London übernommen habe. Jetzt stellt sich heraus, daß diese Behauptung eine neue Lüge ist. Das Reichsgeld ist nämlich nicht von der deutschen Regierung zur Verfügung gestellt worden, sondern es wurde vorher bei Gerhart Segers beschlagnahmt. Segers hatte, um seine Frau vor Repressalien zu schützen, den Versuch gemacht, durch einen Dessauer Rechtsanwalt die Scheidungsklage einzulegen. Der Rechtsanwalt erhielt von Segers einen Kostenvorschuh in Höhe von 142 Reichsmark. Dem Rechtsanwalt wurde aber von seiner nationalsozialistischen Ständesorganisation die Vertretung Segers in diesem Zivilprozeß unterzogen, und er sandte daraufhin mit Genehmigung der Devisenstelle den empfangenen Kostenvorschuh an Segers zurück. Auf dem Dessauer Postamt wurde der Betrag jedoch nach der Einzahlung von der politischen Polizei beschlagnahmt, und jetzt verwendet man diesen Betrag, um den Flugpreis für Segers Angehörige zu zahlen. Diese Handlungsweise zeigt besser als lange Darlegungen den moralischen Tiefstand, der die heute in Deutschland regierenden Männer auszeichnet. Sie können nicht einmal eine Niederlage anders liquidieren als mit einer neuen Lüge gegenüber den Vertretern der Weltpresse.

besonders unbecquem ist. Es sind aber doch schon mehrere Verurteilungen auf Grund des verdächtigsten Kalaleiparagrafen erfolgt, in Köln eine auf zwei Jahre Gefängnis gegen einen Horoskopisten.

Zu einem Teil sind die „Oktultisten“ — unter diesem Namen vereinigt man alles, was Dellschen, Prophezeiung, Horoskope usw. betreibt — tatsächlich in Ungnade gefallen. Nicht, um dem Aberglauben, nicht um der Charlatanerie und der Ausbeutung von Aberglauben und Dummheit zu Leibe zu gehen. Wahrscheinlich nicht, um aber lehndlicherseits im Oktultismus eine politische Oppositionsmöglichkeit zu sehen und dagegen wollen die „Nährer“ das Schwarzmaadertum bei den Gerichten aufbieten.

Sehr viele deutsche Astrologen und Oktultisten sind mit ihren Kollegen von der amtlich zugelassenen „Jah“-Presse unzufrieden. Sie behaupten, die dort aufgestellten Horoskope seien laienhaft und sondern Fälschungen oder grobe Irrtümer. Hitler, Goebbels, Goering und das ganze nationalsozialistische Regime hätten einen sehr „unglücklichen Stern“. Ihre Herrschaft könne nur noch ganz kurze Zeit dauern. Was diese Unglückssterne im einzelnen sagen, das soll eben nicht weiter gesagt werden, denn sonst kann es ja passieren, daß die Astrologie ihnen nunmehr in dem gleichen Maße schadet, wie sie ihnen vor der Machtergreifung geholfen hat.

Die unglückliche Prognose soll aber auch deshalb unterbunden werden, weil Hitler und Komoren sich vor ihr fürchten wie abergläubische Weiber vor dem Dreizehnten, der auf einen Freitag fällt. Entsetzen hat bei ihnen eine Geschichte erregt, die jetzt in Deutschland herumzählt wird. Ein Schwerindustrieller fährt im Auto von Bremen nach Hamburg. Unterwegs begegnet er drei hübschen Zigeunermädchen. Der Herr hat eine „Schwäche“ für diese Personen. Da sie eine Strecke gemeinsam haben, läßt er sie zur Mitfahrt ein. Aus ihren „Prophezeiungen“ erfährt er für sich nichts Wichtiges. Dann fragt er über Hitler. Er hört, daß der Reichsführer noch diesen Herbst stürzen werde. Der Industriemagnat lächelt. Die Zigeunerin sagt: „Das ist so wahr, wie Sie heute noch in Ihrem Auto eine Leiche haben werden.“ Die Mädchen steigen ab. Fünfhundert Kilometer weiter wird das Auto von einer Gruppe SA-Leute zum Halten genötigt. Es hat zwischen einigen von ihnen eine Prügelei gegeben und ein Schwärzcher griff zum Dolch. Sein Gegner wird in das Auto gebracht. Kurz vor Hamburg ist er gestorben.

Das wird herumzählt. Ob's stimmt, weiß man nicht. Jedenfalls haben sie „oben“ eine Deutung. Bekanntlich sind Träumen niemals Menschen gewogen, die Unglücksbolschaften überbringen und verbreiten. „Ich verabscheie das Unheil, doch ich rißte es nicht aus“, sagte der Vole Kleopatras. Sie strafe ihn doch. Für unsereinen ist diese abergläubische Schlotterangst der Regierführer des Dritten Reiches nur zu verständlich. Wer wie die Hitler und Goebbels keine Ahnung von den geistlichen Zusammenhängen gesellschaftlicher Vorgänge hat, wer aus ihnen nicht kommende Entwicklungen voraussehen kann, der muß diese Zusammenhänge in ganz andere Bereiche verlegen. In den Karten, in die Sterne, in die Träume usw. Dann fallen die Warren den Warren zum Opfer. Es gibt ein Tollhaus. Hitler-Deutschland ist der geographisch-geschichtliche Tummelplatz dieser Tollhäuser.

